

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Studie über die Kostenwahrheit der Einwanderung und deren fiskalische Auswirkungen auf die Sozialsysteme

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Studie über die fiskalische Wirkung der Zuwanderung von Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern und die sich daraus ergebenden Belastungen für das Sozialsystem in Auftrag zu geben. Diese soll als Grundlage für die weitere Planung, Ausgestaltung und Erlassung von Verordnungen sowie Gesetzesnovellierungen auf Landesebene dienen. Des Weiteren soll sie zur Erarbeitung zu Bundesratsinitiativen zur Änderung einschlägiger Bundesgesetze beitragen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Über 30.633 Ausländer halten sich in Mecklenburg-Vorpommern auf, davon mehr als 883 Asylbewerber im Verfahren und über 1.988 geduldete ehemalige Asylbewerber. Darüber hinaus erfolgen immense Ausgaben für sogenannte Integrationsprojekte. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich die Zahl der sich hier aufhaltenden Ausländer seit 1991 verdreifacht (ein Zuwanderungsplus von über 20.406 Personen).

Diese nicht nur in unserem Bundesland grundsätzlich falsche Ausländer- und Einwanderungspolitik hat inzwischen immense negative Auswirkungen und dürfte zunehmend auch eine enorme Belastung für die Sozialkassen darstellen. Die Bundesfachkommission Sozialpolitik des Wirtschaftsrates Deutschland hat in einer Studie festgestellt, dass Einwanderer Nettoempfänger sozialer Leistungen sind und den deutschen Staat pro Kopf mindestens durchschnittlich 2.400 Euro im Jahr kosten.

Aufgrund der ernüchternden Statistiken, Diskussionen über Einwanderung und Ausländer, insbesondere ihre kriminelle Energie, in den letzten Wochen und Monaten ist es an der Zeit, endlich eine grundlegende Änderung in der Ausländerpolitik vorzunehmen. Da ist es aus Sicht der Antragstellerin unerlässlich, wieder zu einer differenzierten, den deutschen Staatsbürger bevorzugenden Sozialpolitik für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns und Deutschlands allgemein zurückzukehren.

Um eine solche Politik umzusetzen, ist es in einem ersten Schritt unerlässlich, die Kostenwahrheit der Einwanderung und die Auswirkungen auf den Sozialstaat zu evaluieren. Hierbei müssen natürlich aufgrund der Zuständigkeiten der Landespolitik zuvorderst die Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern betrachtet und in einer Studie zusammengefasst werden.

Anhand des dann vorliegenden Datenmaterials und der daraus resultierenden Erkenntnisse sollten dann in einem weiteren Schritt die nötigen gesetzlichen Veränderungen auf Landes-, aber vor allem auf Bundesebene durch entsprechende Gesetzgebungsverfahren bzw. Initiativen im Bundesrat seitens der Landesregierung vorangetrieben werden.